



EU-Delegationsreise nach Myanmar: Wir machen den Weg frei für Investoren

von Uwe Hoering¹

Mitte November 2013 reiste eine Delegation aus hochrangigen EU-Kommissionsmitgliedern², einigen Europaparlamentariern und über 100 Wirtschaftsvertretern zum Treffen der „EU-Myanmar Task Force“³ nach Myanmar. Diese „Mission for Growth“ war nach den Worten der EU-Kommission „ein starkes Signal für das neue Engagement Europas in diesem Land, das von großen wechselseitigen Nutzen sein wird“. Die Reise war zudem ein Baustein der angestrebten engeren Zusammenarbeit mit der ASEAN-Region, weshalb die Delegation auch Thailand und Vietnam besuchte.⁴

Standortvorteile

Die politische Situation in Myanmar hat sich seit dem Amtsantritt des derzeitigen Staatspräsidenten Thein Sein im Frühjahr 2011 deutlich verbessert, auch wenn der Einfluss von Militär und Ex-Militärs noch sehr groß ist. Daraufhin haben westliche Länder wie die EU und die USA im Sommer 2013 ihre Sanktionen ausgesetzt und sind jetzt bemüht, den dadurch verursachten Rückstand gegenüber Investoren aus asiatischen Ländern, besonders aus China, wett zu machen.

In der Tat bietet das Land Investoren eine Reihe

vielpersprechender Bedingungen. Es liegt geostategisch günstig zwischen Indien und Bangladesch im Nordwesten, der boomenden chinesischen Provinz Yunnan im Nordosten und südostasiatischen Ländern wie Thailand und Laos. Myanmar selbst verfügt über zahlreiche natürliche Ressourcen wie Erdöl und Erdgas, Holz, Kupfer und Edelsteinen, es hat fruchtbares Agrarland und Wasser, das sowohl für die Bewässerung als auch für die Energieerzeugung genutzt werden kann. Das reiche kulturelle Erbe und die landschaftliche Vielfalt bieten gute Voraussetzungen für den Tourismus, der bereits kräftig angelaufen ist.

Mit der politischen Liberalisierung und Demokratisierung entfiel außerdem ein Stolperstein für westliche Industriestaaten für die Zusammenarbeit mit der Association of Southeast Asian Nations, ASEAN, in der Myanmar Mitglied ist und die sich nicht an den westlichen Sanktionen beteiligt hatte. Durch die angestrebte verstärkte wirtschaftliche Integration könnte die Region zu einem gewichtigen Player zwischen China, Japan und Indien werden.

Das ‚Enterprise Europe Network‘ der Europäischen Kommission bewarb die EU-Delegationsreise bei Unternehmen denn auch als „Tor für den Zugang zu dynamischen Wachstumsmärkten, politisch gefördert auf europäischer Ebene“. In der mitreisenden Wirtschaftsdelegation befanden sich neben vielen mittelgroßen Firmen eine Reihe europäischer Konzerne wie British American Tobacco, Volvo, Ericsson, Heineken und Carlsberg, Unternehmensverbände und die European Investment Bank. Aus Deutschland nutzten BASF, Deutsche Post, Siemens, die ICS Travel Group und sechs weitere Unternehmen

¹ Dr. Uwe Hoering arbeitet als freiberuflicher Journalist (www.globe-spotting.de). Er ist Mitglied im Vorstand der Stiftung Asienhaus.

² Antonio Tajani (DG Enterprise and Industry), Andries Piebalgs (Entwicklungszusammenarbeit), Dacian Cioloș (Landwirtschaft) und Catherine Ashton (EU-Repräsentantin für Außenangelegenheiten). Als Vertreterin des EU-Parlaments nahm unter anderem Isabelle Durant von Die Grünen, Belgien, und Vizepräsidentin des Parlaments teil.

³ <http://www.myanmar-eutaskforce.com>

⁴ Ende Januar wird die Publikation „EU-Investitionspolitik und Myanmar“ erscheinen, erstellt von der gleichnamigen Arbeitsgruppe der Burma-Initiative im Asienhaus

die Gelegenheit, sich über die „vielfältigen Geschäftsmöglichkeiten in dynamischen südostasiatischen Märkten“ zu informieren.

Interessenbereiche

Wirtschaftspolitisch hat die Regierung von Myanmar in den vergangenen zwei Jahren einiges unternommen, um die Investitionsbedingungen zu verbessern. Unter anderem wurde im November 2012 ein neues Foreign Investment Law verabschiedet, das Auslandsbeteiligungen bis zu 100 Prozent ermöglicht und von ausländischen Beobachtern überwiegend begrüßt wurde. Gewürdigt werden die wirtschaftlichen Reformen unter anderem in einem Bericht von German Trade & Invest, einem vom Wirtschaftsministerium geförderten Informationsdienst für die Wirtschaft, der rechtzeitig zur Delegationsreise erschien. Darin werden die ‚sukzessiven Weichenstellungen für eine schnellere Entwicklung‘ gelobt, auch wenn „die Rahmenbedingungen für Investoren noch einiges zu wünschen übrig lassen“. Zu den Investitionshindernissen gehören unter anderem schlechte Infrastruktur, Energieengpässe und undurchsichtige institutionelle Abläufe, Gesetze und Regulierungen.

Bereits im Vorfeld hatte sich die EU-Myanmar Task Force auf fünf Schwerpunktbereiche verständigt: Agrobusiness, Tourismus, Verarbeitungsindustrie, Energie und natürliche Ressourcen und Infrastruktur, einschließlich Bergbau, Wasser und Abfallmanagement. Außerdem wurde Interesse am Einstieg in „Dienstleistungen für Unternehmen“ artikuliert wie Finanzdienstleistungen, Versicherungen sowie Groß- und Einzelhandel.

Der Versuch, begünstigt durch die neuen Verhältnisse in Myanmar in Südostasien stärker Fuß zu fassen, passt sich ein in die Außenwirtschaftsstrategie der EU, die auf Erschließung neuer Märkte, Sicherung der Versorgung mit wichtigen Rohstoffen und bilaterale Investitionsabkommen setzt. Mit der Aufnahme in das ‚General System of Preferences‘, GSP, im Juli 2013 ermöglichte die EU Myanmar die zollfreie Einfuhr aller Produkte außer Waffen. Außerdem sollen möglichst schnell Verhandlungen über ein Investitionsabkommen aufgenommen wer-

den, durch das Unternehmen weitreichende Klagemöglichkeiten gegen die Regierung eingeräumt werden könnten, wenn sie durch Maßnahmen, beispielsweise im Umweltbereich, ihre Gewinnerwartungen beeinträchtigt sehen. Dadurch, so die Kritik zivilgesellschaftlicher Organisationen, würde die Entscheidungsfreiheit von Staaten eingeschränkt.

Die Guten kommen

Die verbreitete Abneigung in Myanmar gegen chinesische Investoren, die in den vergangenen Jahren zur wirtschaftlichen Stütze der Militärregierung geworden waren, und die negativen sozialen und ökologischen Auswirkungen der bisherigen Investitionen, besonders in den Bergbau und in Plantagen, die eher auf Ausplünderung als auf Entwicklung setzten, bieten Europa möglicherweise eine Chance als Alternative. Dementsprechend präsentierte es sich bei der Delegationsreise als dialogbereiter Partner, der die soziale und ökologische Verantwortung der Investoren betont, beispielsweise im Textilbereich. „Das Wort, das ich für unser Engagement vor allem benutzen würde, ist Partnerschaft – wir sind Partner, wir kommen nicht, um etwas aufzuzwingen“, erklärte Catherine Ashton in ihrer Rede bei der Eröffnung der Sitzung der Task Force. Mit hohen sozialen und Umweltstandards sollen europäische Investitionen zum Vorbild werden.

Die Reden, Absichtserklärungen und Selbstverpflichtungen von europäischer Seite klingen denn auch voll verantwortungsbewusst: Im ‚Letter of Intent for a Policy Dialogue on Raw Materials‘⁵ beispielsweise, der neben ähnlichen Erklärungen zu Tourismus und der Förderung von kleineren und mittleren Unternehmen vereinbart wurde, wird ein Dialog über den Rohstoffbereich angekündigt, bei dem sowohl Umweltaspekte auch soziale Auswirkungen und Akzeptanz von Bergbau und Holzeinschlag behandelt und Transparenzinitiativen im Bereich extraktiver Industrien unterstützt werden sollen.⁶ An diesem Dialog sollen, „sofern ange-

⁵ Die drei "Letter of Intent" sind zu finden unter www.asienhaus.de/burma (Aktuelles).

bracht“, andere Akteure einschließlich privater Unternehmen beteiligt werden – zivilgesellschaftliche Organisationen werden in diesem Zusammenhang allerdings nicht genannt.

An diesen Ansprüchen und Standards wird die EU-Wirtschaftspolitik in Myanmar und der Region zu messen sein: Gelingt es, die Investoren zu deren Einhaltung zu bringen – sei es durch freiwillige Verhaltensrichtlinien, sei es durch eine staatliche Regulierung? Der Blick auf die durch Jahrzehnte von Militärdiktatur und bewaffneten Konflikten geprägte Situation in Myanmar zeigt, dass sich Investoren und EU-Politik in ein Minenfeld von ethnischen, politischen und sozialen Konflikten, Macht- und Wirtschaftsinteressen, schwacher Rechtsstaat, unzureichenden Regulierungsmöglichkeiten, hohen Umweltrisiken, einer Geschichte von Menschenrechtsverletzungen und gewaltförmigen

gesellschaftlichen Verhältnisse begeben. Nach wie vor kontrollieren Militärs und einheimische Unternehmen, die von der Privatisierung unter dem Militärregime und guten Beziehungen profitiert haben, wesentliche Bereiche der Wirtschaft in Myanmar – darunter auch Sektoren wie Bergbau, Landwirtschaft, Tourismus und Infrastruktur, an denen europäische Investoren Interesse zeigen. An einer Zusammenarbeit mit ihnen führt vielfach kein Weg vorbei.

Myanmar „bleibt ein hoch-riskantes Terrain für ausländische Investitionen“, warnt die Menschenrechtsorganisation EarthRights International, „und Unternehmen und deren Heimatländer müssen wirksame Maßnahmen ergreifen, um die Risiken zu verringern, dass ihre Aktivitäten zu internen Konflikten, Menschenrechtsverletzungen, Umweltzerstörungen und Korruption beitragen“.

Herausgeber: Stiftung Asienhaus, Hohenzollernring 52, 50672 Köln
www.asienhaus.de E-mail: asienhaus@asienhaus.de
Presserechtlich verantwortlich: Dr. Klaus Fritsche